

Arbeiter-Zeitung

Sagezeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Kommunistische Sabotage.

Die sächsische Arbeiterregierung verhindert.

Die sozialdemokratischen Richtlinien.

Schau der Republik. — Annette für politische Defizite. — Arbeitermerkmale. — Gesetzliche Entlastung der arbeitenden Bevölkerung. — Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und des Warenanstands.

Berlin, 30. November. Als vor wenigen Wochen das Kabinett Michl gestürzt wurde, sprachen die Kommunisten wieder nach der Bildung einer Arbeiterregierung. „Bildung einer Arbeiterregierung“ war noch immer das Mittelwort der kommunistischen Partei bei irgendeiner Regierungsform im Reich oder in den Ländern, ohne daß sie sich selbst klar darüber war, wie diese Regierung gebildet werden sollte und ob sie überhaupt jemals regierungsfähig werden könnte. Heute weiß man, warum sich die Kommunisten über die Art und die Möglichkeit der Bildung einer Arbeiterregierung nie Kopfwechen gemacht haben. In Sachen, wo die Kommunisten Gelegenheiten hatten, eine Arbeiterregierung zu bilden, haben sie es nicht getan, das heißt die Interessen der Arbeiterklasse auf Spiel gesetzt, die sie sich dazu erkläre, Veranlassung zu fragen und das was zu machen, was sie bisher aus Verlegenheit gefordert haben.

Bekanntlich ergab bei den sächsischen bürgerlichen Parteien herbeigelegte und mit großem Aufwande durchgeführte Volksentscheid keine Veränderung in dem Verhältnis der Landtagsfraktionen, so daß nach wie vor die Sozialdemokraten mit den Kommunisten im Hinblick eine regierungsfähige Mehrheit bilden. Unsere Genossen in Sachsen haben jedoch bereit, von dem dieser Mehrheit zuzustimmen verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen, ja, sie erklärten sich einverstanden, mit den Sozialdemokraten eine gemeinsame Regierung zu bilden. Zu diesem Zweck fanden nach vorausgegangenem Briefwechsel zwischen unserer sächsischen Landesorganisation und der kommunistischen Parteileitung Sachsen am Dienstag mündliche Verhandlungen in Dresden statt, zu deren Beginn unsere Genossen folgende Richtlinien, die als Grundlage eines Regierungsprogramms dienen sollten, vorlegten:

1. **Schau der Republik** mit allen gesetzlichen Mitteln. Schaffung eines Gesetzes über die Rechte und Pflichten der Beamten und Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit der Beamten. Umbau der Polizei zu einem zuverlässigen Organ zum Schutze der republikanischen Verfassung.
2. **Rechtliche Reorganisation der Gemeindeverfassung** auf der Grundlage freier Selbstverwaltung und Reform der staatsbürgerlichen Verwaltung.
3. **Erlass eines Annettelgesetzes** für politische Defizite und aus Not begangene Vergehen.
4. **Umbau und Erweiterung der Rechte** der arbeitenden Volksgenossen durch Schaffung von Arbeitermerkmale. Organisierung von organisierten Arbeitern zur Handels- und Gewerkschaft, Reglementierung der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Maßnahmen zur Regelung des Arbeiter- und Gewerkschaftswesens. Schau der Arbeitskraft. Gesetzliche Einwirkung auf die Arbeiterregierung zum Ausbau der Gewerkschaften und der Sozialfürsorge. Umbau der gesamten Volkswirtschaft.
5. **Gesetzliche Einwirkung** auf die Steuerpolitik des Reichs zur Entlastung der arbeitenden Bevölkerung durch Umbau der Besteuerung und Besteuerung und Entschärfung der Einkommensteuer.
6. **Gesetzliche Einwirkung** auf das Reich in der Richtung der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und des Warenanstands.
7. **Förderung des Wohnungsbaus** auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage.
8. **Verstärkung des Wuchers.** Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung.
9. **Einwirkung auf das Reich** zur beschleunigten Schaffung des Gesetzes zur Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und des Warenanstands.
10. **Reform des gesamten Schulwesens** nach einheitlichen Regeln.

Diese Richtlinien unserer sächsischen Genossen, die sich streng an die Reichs- und Landesverfassung halten, zeigen, daß die Sozialdemokratie bereit war, alles zu tun, was im Interesse der Arbeiterklasse lag. Sie wollten sich den Kommunisten auf eine sachliche Diskussion über diese Punkte nicht eingelassen und ihre Forderung auf Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Gesetzgebung in dieser Richtung nicht wieder in die Debatte gezogen. Die Forderungen, längere von unseren Genossen u. a. daß auch die Arbeiterklasse an das Reich durchgesetzt werden sollten, unbekümmert um die Konsequenzen, die daraus entstehen könnten. Diese Forderungen, die für unsere Genossen von vornherein unzulässig sein mußten, da sie einen Umbau der Reichsverfassung beabsichtigten, ließen sich nicht auf einer Arbeiterregierung zu unterstützen. Sie wollten die Forderung auf Beteiligung der Betriebsräte an der Gesetzgebung auf, trotzdem sie wußten, daß die Aufgaben der Betriebsräte rechtsgesetzlich festgelegt

sind, trotzdem, wie aus den obigen Forderungen hervorgeht, unsere sächsischen Genossen bereit waren, den Artikel 166 der Reichsverfassung, der die Schaffung einer besonderen Wirtschaftsverwaltung der Arbeiternehmer zur Lösung wirtschaftsorganisatorischer Fragen vorsieht, voll und ganz anzunehmen. Wo sollte es schließlich hin führen, wenn sich jedes einzelne Komitee erlaube, müde gegen das Reich zu reizen, und was brauchten wir da schließlich eine Reichsverfassung? Der ergebnislose Verlauf der Dresdener Verhandlungen fällt damit ausschließlich auf das Konto der Kommunisten. Sie haben die Arbeiterregierung gefordert, die Sozialdemokratie war bereit, sie zu bilden, oder trotzdem hat die kommunistische Partei alles getan, um die Bildung einer Arbeiterregierung unmöglich zu machen. Nicht um Ruhe und Ordnung, nicht um das Wohl der Arbeiterschaft ist es ihnen zu tun, sondern um ein großes Durchschießen zu dem die Sozialdemokratie innerhalb der Regierung Vorhaben leisten sollte, und von dem man schließlich die Verwirklichung russischer Zustände in Deutschland erwartet. So sieht die Liebe der Kommunisten zur Arbeiterregierung aus!

Poincaré nach London.

Londoner Konferenz der Entente-Premierminister. — Bonar Law weiß immer noch nichts von freiergeleiteten Poincaré. — Paris, 30. November. Poincaré hat gestern Bonar Law mitgeteilt, daß er in nächster Woche nach London zu kommen gedenke, um sich mit den Premierministern von England, Belgien und Italien über die Fragen, die mit der Berliner Konferenz zusammenhängen, zu beraten. — Cobas bemerkt die

Wieder einmal die Juden.

Preussischer Landtag.

Berlin, 30. November. Der Landtag beschäftigte sich am Mittwoch, nachdem auf Antrag des Genossen Müller (Hanover) der Gesetzentwurf über Veränderung des Beamtenbesoldungsgesetzes bewilligt wurde, mit dem Antrag des Genossen Müller (Hanover) über die Einwanderung der Juden. Es wird die Zeit vergeudet und der Parlamentarismus in Mißacht gebracht. Der Abgeordnete Müller (Hanover) hat die Einwanderung der Juden in Preußen abgelehnt und meinte, die Abwanderung der Einwanderer der Juden habe nichts mit antisemitischer Hege zu tun. Er berief sich auf Dr. August Müller, der in der Presse selbst vor den antisemitischen „Ausgeiern“ gewarnt habe.

Innenminister Genosse Seering

wies darauf hin, daß die Staatsregierung sich nicht von künstlich geschaffenen Stimmungen leiten lassen dürfe. Nicht nur die Jüde aus dem Osten, sondern auch die D-Jüde aus dem Westen bräuten Schieber im Land, und unter diesen Schiebern seien zu sehen die Arbeiter. Die Regierung sei verpflichtet, sich auf einen rein sachlichen Boden zu stellen. Die geplante die Auswanderung aus Ungarn sei eine Frage, die bei der Verhandlung angehe. Bezüglich der preussischen Grenzüberwachung sei nichts veräußert worden. Freilich sei Preußen aus finanziellen Gründen und durch die Entente gezwungen, die Polizeikräfte möglichst niedrig zu halten. Ein solches Vorgehen gegen die Ausländer sei unannehmlich. Deutschland brauche Aufträge vom Ausland, könne also nicht hemmungslos rigoros vorgehen. Wenn man die polnischen Bergarbeiter ausweise — und darunter seien doch auch Juden —, was habe dann der deutsche Arbeiter in Polen zu erwarten? Schließlich gäbe es auch noch so etwas wie einen Verfall der Arbeitsverträge mit allerlei fremdenrechtlichen Bestimmungen. Den Dr. August Müller schenke er den Deutschnationalen; denn Müller sei auf die Bitte nach Angaben über die Wiener Kapitalpläne, über die er im „Allhe-Weberblatt“ geschrieben habe, bis heute die Antwort schuldig geblieben. Eine genaue Statistik über die Ostjuden

liegt im Augenblick nicht vor, weil bei der Anmeldung des Glaubensbekenntnisses nicht angegeben werde. In Ostpreußen seien aber im März 1922 Ausländer, darunter 1719 Ostjuden gezählt worden. (Ruf: „Die anderen hat Kunde erfragen!“ — Weiter.) Keine habe in Oberloositz die Saat für Bozome sät. Man dürfe nicht hoffen, daß während des Krieges 40 000 Ostjuden nach Deutschland deportiert und zuletzt in Preußen angestellt worden. Preußen könne nur im Verein mit den anderen Ländern und im Einklang mit den Ausländern Amt vornehmen. Das Problem habe neben der wirtschaftlichen auch noch eine menschliche Seite. Sein Gegenüber als Vorkrieg habe in seinem „Redem“ ausgesprochen, daß wir uns nicht auch als Christen,

Vormittag 10 Uhr: Dollar \$350
Tendenz: Mittelfest bis.

von Korrespondenten der „Daily Mail“ gegebene Darstellung der französischen Reparationspläne. London, 30. November. Am Unterhause erklärte Bonar Law auf eine Anfrage, er habe die Mitteilung über die Reparationspläne der französischen Regierung für den Fall eines Misserfolges bei den Verhandlungen über ein Finanzabkommen mit der britischen Regierung, Gegenwärtig finde eine Erörterung bezüglich der Konferenz der alliierten Premierminister statt, die in nächster Zukunft abgehalten werden soll. Er habe abgesehen, was die Zustimmung zu verzeichnen, bis die Reparationspläne abgelehnt sei. — Bonar Law erklärte auf eine Anfrage, er habe keine Information bezüglich der Erklärung eines griechischen Generals vor seiner Einreise, daß die Griechen Ermüdung von Seiten des britischen Außenministers und anderer britischen Minister erhalten hätten. Wenn Einzelheiten gegeben werden könnten, so werde er das Einsehen erlangen, den Schriftwechsel dem Hause vorzulegen. Redner bestätigte, daß der englische Gesandte in Anwesenheit von Athen abgereise, da es sich nicht um die Zeit einer Regierung handele, sondern um die eines revolutionären Ausschusses.

Die Bergarbeiter bei der Repko.

Paris, 30. November. Die Delegierten der Reparationskommission haben gestern einen Ausschuß des internationalen Bergarbeiterverbandes empfangen, dem auch zwei Deutsche, die Genossen Sulzmann und Simich, angehören. Die Delegation hat eine Uebersicht über die internationalen Bergarbeiterverbandes bezüglich der Maßnahmen der Reparationskommission zur Befriedigung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in Europa. Sie erwiderte die Reparationskommission, eine Auswanderung der Berg- und Steinbauarbeiter aus dem Bergarbeiter zu erlauben, wenn für die Lebensfähigkeit Deutschlands für Reparationszins unterfertigt.

Abgelehnt.

Berlin, 30. November. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtags lehnte heute gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Antrag ab, der von der Regierung die schleunige Verlegung eines Gesetzes zur Verlebung des Berliner Reichsanwesens sowie über den Handel aller Kaufleute nach Art des Gesetzes über die Dammteile um die Gebäude des Reichs- und Landesparlamentes.

Nationalistischer Cölpel.

Im deutchnationalen Berliner „Tag“ leitete sich ein Vaterlandsbegeisterter diese Proklamation:

„Die kommenden französischen Generationen werden zu ihrer Stunde Herrn Raymond Poincaré und seine Politik von ganzem Herzen verfluchen. Das Volk jenseits der Vogesen, dessen Führer soeben wieder ihren herrlichen Oberfeldzug zu beenden, werden sich nicht ruhig genug, um feiner mobilisierender Strafe auch nur drei Fahrbrüche zu erheben. Es wird für seine heutige kulturbildende Arbeit voll und ganz geschätzt werden, noch ehe das Quar der den Schweiß unserer Jugend Kinder ergrast.“

Der Schreiber dieses großartigen Infans ist durch seine obenstehende Dummheit schon geschädigt genug, er braucht nicht mehr auf seine jungen Kinder zu warten, die hoffentlich klüger ausfallen als der Vater, der Herrn Poincaré das Schwert schlicht, mit dem dieser Deutschland schlagen will. D. unsere Herren Nationalisten!

